



Liebe Leserinnen und Leser,

Zack – schon ist das Jahr zu einem Drittel `rum. Ich weiß nicht, wie's Ihnen geht, aber für mich rast 2026 ganz besonders schnell voran. Und das gefühlt höchste Tempo dabei hatte der zurückliegende Monat: eine besonders engmaschige Abfolge von Sitzungen, Ortsterminen, Pressegesprächen, Reden...

In Berlin brachten wir quasi in „Rekordzeit“ mehrere weichenstellende Gesetze auf den Weg, daheim im Südkreis durfte ich bei Weichenstellungen in Sachen Startups und innovativer Technik dabei sein. Und dann war da auch noch meine Dienstreise nach Ungarn: Als Teil der internationalen OSZE-Wahlbeobachterkommission war ich bei den dortigen Parlamentswahlen im Einsatz – und wurde dabei Zeuge einer historischen Wahlnacht.

Klares Fazit am Ende eines Turbo-Monats: Es bewegt sich was! Ein gewichtiger Faktor dabei, so mein Eindruck: Die Menschen machen auf allen Ebenen aktiv mit – von den Jung-Unternehmern über die Kreisbauern bis hin zu unseren politischen Senioren.

Wie, das lesen Sie in diesem Newsletter. Viel Vergnügen dabei!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



Schlagkraft statt Schlagseite

Warum unsere Regierungs-Koalition besser ist als ihr Ruf

„Reformstau“, „Wachstumsbremsen“, „Umfrage-Tiefs“ und „Geopolitische Schocks“ – wer sich allein an den öffentlichen Schlagworten dieser Tage orientiert, dem könnte dabei Angst und Bange werden. Dass die Lage tatsächlich schwierig ist, muss ich an dieser Stelle nicht noch zusätzlich betonen. Entscheidend ist ohnehin vielmehr: Wir sind uns dieser Lage bewusst und arbeiten konstruktiv daran, sie zu verbessern.

Und da zeichnet ausgerechnet die Künstliche Intelligenz ein deutlich realistischeres Bild als viele Schlagzeilen. „Regierungskoalitionen, insbesondere Große Koalitionen, gelten oft als besser als ihr Ruf, da sie trotz kritischer Wahrnehmung in der Bevölkerung eine hohe Umsetzungsquote ihrer Vorhaben erreichen“, heißt es da. Und das trifft's!

Aktuelle Beispiele dafür sind das Vergabebeschleunigungsgesetz – ein Meilenstein in Sachen Bürokratieabbau – und das „Energieentlastungspaket“ als zentraler Bestandteil eines Sofortprogramms. Für beide Gesetze dauerte es vom Entwurf bis zum Inkrafttreten gerade einmal zwei Wochen.

Damit zeigt unsere Koalition immer wieder eines: Handlungsfähigkeit trotz aller inhaltlicher Differenzen.

Und entscheidend ist, *dass* wir handeln. Das muss übrigens auch der Anspruch eines jeden Politikers sein, und das war ja auch mein zentraler Ansatz, in die aktive Politik zu gehen: Gestalten wollen, auch wenn das bei weitem nicht immer so „sexy“ ist, wie es vordergründig vielleicht klingt. Für die Arbeit im Maschinenraum gibt's eben selten Schönheitspreise oder sofortigen Applaus – nicht zuletzt, weil gerade strukturelle Maßnahmen in den allerseltensten Fällen ihre Wirkung unmittelbar entfalten.

Aber wer weiß das besser als die Menschen, für die wir angetreten sind, die, die täglich im Kleinen am Großen und Ganzen mitarbeiten, in der Pflege oder in der Blaulichtfamilie, im Mittelstand und im Handwerk!? Ich darf Ihnen jedenfalls versichern: Wir MACHEN - auch wenn es für meinen Geschmack gerne noch etwas mehr sein dürfte.



Wie sieht die Energielösung der Zukunft aus? Dieser Frage bin ich bei meinem Besuch im TechLab des Energieunternehmens 1KOMMA5° nachgegangen. Vor Ort habe ich mir angeschaut, wie Energiesysteme aus Photovoltaik, Stromspeicher und Wärmepumpe zusammenarbeiten und digital gesteuert werden können. In einem anschließenden Austausch habe ich mit Vorstand und Mitarbeitern über Smart Meter, die Optimierung solcher Systeme und Fragen rund um das Strommarktdesign gesprochen. Ein spannender Besuch, der einmal mehr gezeigt hat, dass noch sehr viel möglich ist in Sachen Energieeffizienz.

Treffen mit Julia Klöckner



Unsere Bundestagspräsidentin und ich kennen uns bereits aus der letzten Legislaturperiode sehr gut, denn da haben wir gemeinsam im Wirtschaftsausschuss für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland gekämpft. Jetzt sprachen wir bei einem Treffen über die aktuell großen Herausforderungen, wobei wir uns einig waren, dass Deutschland nach wie vor ein tolles Land ist mit Wohlstand und vor allem Freiheit.

Wahltag in Ungarn

In diesem Monat war ich als Teil der internationalen Wahlbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei den Parlamentswahlen in Ungarn im Einsatz. Gemeinsam mit einem serbischen Kollegen habe ich die Wahl sowohl in- als auch außerhalb von Budapest begleitet. Der Wahltag begann sehr früh: Die Wahllokale öffnen in Ungarn bereits um 6 Uhr, wir mussten also schon um 5:30 Uhr vor Ort sein. Als wir ankamen, standen die Menschen bereits Schlange, und schon früh zeichnete sich eine hohe Wahlbeteiligung ab. Bis zur Schließung der Wahllokale um 19 Uhr und während der Auszählungen bis in den späten Abend hinein konnten wir glücklicherweise keinerlei Hinweise auf Manipulationsversuche feststellen.

Mit dem klaren Sieg von Péter Magyar endete die Amtszeit von Viktor Orbán. Viele Menschen feierten diesen politischen Wechsel am Abend auf den Straßen. Nach einem langen Wahltag kam ich zurück ins Hotel - eigentlich nur, um mich auszuruhen. Der Jubel draußen war aber so laut, dass ich noch einmal hinausging. Die Stimmung war wirklich außergewöhnlich! Für mich bleibt vor allem hängen: Die Demokratie in Europa ist stärker, als viele glauben. Und gleichzeitig ist das Ergebnis auch ein klares Signal an populistische Kräfte. Jetzt kommt es darauf an, die Beziehungen zu Ungarn wieder zu stärken und die Zusammenarbeit neu auszu-



Reden im Plenum

Auch in diesem Monat habe ich mehrere Reden im Plenum gehalten. Zwei davon möchte ich hervorheben. [In meiner Rede](#) zum Gesetz zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge habe ich erläutert, wie wichtig schnellere Investitionen in unsere Infrastruktur sind. Verspätungen im Bahnverkehr und Staus auf den Straßen zeigen den Handlungsbedarf deutlich. Mit dem Gesetz verbessern wir die Rahmenbedingungen und sorgen für schnellere Verfahren, wobei Mittelstand und Handwerk berücksichtigt werden.

In der Aktuellen Stunde zur Energiekrise habe ich darauf hingewiesen, dass die stark gestiegenen Energiepreise vor allem auf den aktuellen geopolitischen Konflikt zurückzuführen sind und staatliche Maßnahmen nur begrenzt wirken können. Umso wichtiger ist es, gezielt zu entlasten. Mit der Senkung der Energiesteuern auf Kraftstoffe wurde ein weiterer wichtiger Schritt unternommen, um Bürger und Unternehmen zu unterstützen. Meine Rede dazu sehen Sie [hier](#).

Besuch aus dem Wahlkreis

Ortsbesuche, Besichtigungstouren, Bundestagsdebatten – einzigartige Einblicke in den Hauptstadtbetrieb bekamen diesen Monat rund 50 Teilnehmer einer politischen Bildungsfahrt: Auf meine Einladung erlebten die Frauen und Männer aus dem Südkreis vier Tage lang die „Berliner Republik“ aus eigener Anschauung. Zu dem umfangreichen Programm gehörten unter anderem die Teilnahme an einer Plenarsitzung, ein Besuch beim Bundesnachrichtendienst und natürlich ein ausführliches Treffen mit mir. Hinterher war ich mir mit meinen Besuchern einig: Ein Blick in die Herzkammer der Bundesrepublik ist ein besonderes Erlebnis und eine wertvolle Sensibilisierung für politische Prozesse.



Tagesschau:

„Klaus Wiener zu Spritpreisen“

[Hier das Video sehen.](#)

Phoenix:

„Bundestagsgespräch mit Klaus Wiener“

[Hier das Video sehen.](#)

Deutschlandfunk:

„Klaus Wiener: Regierung will Entlastungen verbessern“

[Hier den Beitrag hören.](#)



Rheinische Post:

„Historische Wahl in Ungarn CDU-Politiker vor Ort“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokalklick:

„Klaus Wiener erwirkt Millionen-Zuschuss...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

„Wiener mahnt: Entlastungsprämie darf nicht...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

„Bürger besuchen Bundestagsabgeordneten...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Erkrath.jetzt:

„Bundespolitiker Wiener will heimische Landwirtschaft...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Deutschlandfunk:

„Klaus Wiener: Begriffe wie „Abzocke“ problematisch“

[Hier den Beitrag hören.](#)



Hofbesuch bei den Kreisbauern

Mein Treffen mit der Kreisbauernschaft auf Gut Heuschenhof in Erkrath stand im Zeichen aktuell großer Herausforderungen für unsere heimischen Landwirte. Die positive Botschaft: Die Branche hält den global verursachten Krisen insgesamt gut stand – auch, weil die einzelnen Höfe sich breit aufstellen. Gleichzeitig unterstützen wir sie mit politischen Weichenstellungen, denn für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und zur Sicherung guter regionaler Erzeugnisse brauchen wir eine starke heimische Landwirtschaft.



Zu Gast bei guten Freunden in Monheim

Der Besuch bei unseren Monheimer Senioren gehört für mich definitiv zu den liebgewonnenen Regelmäßigkeiten meiner politischen Arbeit. Hier gibt es keine rundgeschliffenen Vorträge, sondern freie Meinung von Menschen mit sehr viel Lebenserfahrung. Das ist ungemein wertvoll für meine politische Arbeit. Und in solch einer gemütlicher Atmosphäre wie hier lässt es sich immer gut diskutieren – unabhängig von der politischen Großwetterlage.

Baustoff-Innovation made in Erkrath

Startschuss für ein zukunftsweisendes Projekt: Das junge Unternehmen „Co-reactive“ hat ein neuartiges Verfahren entwickelt, mit dem es Kohlendioxid (CO₂) in hochwertige umweltfreundliche, weil zementsparende Ersatzstoffe umwandelt – und damit der Bauindustrie effiziente wie nachhaltige Arbeitsweisen ermöglicht. Mehr dazu [hier](#).



Bundes-Förderung für historisches Hofgut

Schön, wenn sich Einsatz lohnt! In Sachen Bundes-Förderung für den Südkreis erreichten uns in diesem Monat gleich zwei großartige Nachrichten: Der Erhalt der historischen Hofanlage Gut Heresbach in Mettmann wird mit 470.000 Euro bezuschusst, die Sanierung der Hildener Ellen-Wiederhold-Sporthalle gar mit 1.575.000 Euro. Auf Gut Heresbach konnte ich mir ein Bild davon machen, wie eine solche Förderung eine langfristige Zukunftsperspektive für einen geschichtsträchtigen Ort sichert. Dr. Gero Ritzenhöfer und sein Team präsentierten mir ihre Pläne für eine Arbeitsstätte und Ideen-schmiede für Existenzgründer: Ein Ort zwischen Tradition und Moderne, der anknüpft an das geistige Erbe der einstigen Hof-Persönlichkeit Konrad von Heresbach und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Mettmann stärkt.





Warum der Iran-Krieg die Wirtschaftspolitik vor Herausforderungen stellt

Der Krieg im Iran hat die weltweiten Öl- und Gaspreise innerhalb kürzester Zeit sprunghaft ansteigen lassen. Besonders kritisch ist dabei die Lage an der Straße von Hormus. Durch dieses nur wenige Seemeilen breite Nadelöhr werden jeweils rund 20 Prozent des globalen Öl- und Flüssiggasangebots transportiert. Wenn Tanker diese Route nicht mehr passieren können, wird ein erheblicher Teil des weltweiten Öl- und Gasangebots faktisch vom Markt genommen und führt somit unmittelbar zu einer Verknappung auf den globalen Energiemärkten.

Ökonomisch handelt es sich dabei um einen negativen Angebotsschock wie er im Lehrbuch steht. Das bedeutet: Durch die Verteuerung der Energie haben sich die Produktions- und Lieferbedingungen massiv verschlechtert. In der ökonomischen Logik bedeutet das: Bei gegebener Nachfrage verringert sich das Angebot. In der Folge entsteht ein neues Marktgleichgewicht mit höheren Preisen und reduzierter Wirtschaftsleistung. Dabei ist der Preisanstieg – so schmerzlich er im Einzelfall auch sein mag – zunächst Ausdruck eines funktionierenden Marktes. Knappere Güter werden teurer. Der höhere Preis erfüllt damit eine zentrale Funktion: Er reizt neue Produktion an und verringert gleichzeitig die Nachfrage. Damit wird dafür gesorgt, dass Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht kommen.

Die unmittelbare Folge auf den weltweiten Energiemärkten ist eindeutig: Die Preise steigen – zunächst für Öl und Gas, in der Folge aber auch für Transport und zahlreiche andere Güter entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Da Energie ein zentraler Inputfaktor in nahezu allen Produktionsprozessen ist, wirkt dieser Preisanstieg wie ein breit angelegter Kostenschock für große Teile der Volkswirtschaft. In der Folge beschränkt sich der Preisanstieg nicht auf einzelne Energiemärkte, sondern schlägt auf das allgemeine Preisniveau durch. Unternehmen geben die gestiegenen Kosten so weit wie möglich weiter, sodass sich der ursprüngliche Energiepreisschock zunehmend in einer breiteren Inflation niederschlägt.

Begrenzte Handlungsspielräume der Politik

Ein zentrales Problem solcher Angebotsschocks ist, dass sie wirtschaftspolitisch nur sehr schwer eingedämmt werden können. Die Politik kann die Ursache – also die Verknappung von Energie – kurzfristig nicht beheben. Weder zusätzliche staatliche Ausgaben noch geldpolitische Maßnahmen können mehr Öl oder Gas auf den Weltmarkt bringen oder gestörte Lieferketten unmittelbar stabilisieren.

Für die Fiskalpolitik bedeutet das einen schwierigen Balanceakt. Eine expansive Politik – etwa durch breit angelegte Transfers – kann zwar kurzfristig Kaufkraftverluste abfedern, erhöht aber zugleich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Trifft diese auf ein ohnehin verknapptes Angebot, verstärkt sich der Preisdruck weiter. Die Folge: Durch den staatlichen Nachfrageschub steigen die Preise noch mehr, übrigens auch für Energie.

Natürlich ist es richtig, Haushalte und Unternehmen angesichts steigender Energiepreise zu entlasten. Entscheidend ist jedoch, dies zielgerichtet und passgenau zu tun, anstatt breit angelegte Maßnahmen zu ergreifen, die die Inflation zusätzlich anheizen könnten.

Auch die Geldpolitik befindet sich in einem Zielkonflikt

Auch die Geldpolitik, etwa durch die Europäische Zentralbank, steht dabei vor einem klassischen Zielkonflikt. Leitzinserhöhungen können die Inflation zwar dämpfen, indem sie Konsum und Investitionen bremsen und damit die Nachfrage reduzieren. Gleichzeitig schwächen sie aber die ohnehin schwache wirtschaftliche Entwicklung. Niedrigere Zinsen andererseits würden das Wachstum stützen, jedoch das Risiko weiterer Preissteigerungen bergen.

Hinzu kommt, dass auch die Geldpolitik die Ursache des Problems nicht direkt adressieren kann. Gerade bei einem Angebotsschock besteht daher die Gefahr, dass geldpolitische Maßnahmen zwar den Inflationsdruck begrenzen, gleichzeitig aber die konjunkturelle Abschwächung weiter verstärken.

Der Iran-Konflikt zeigt damit deutlich, wie schwierig Angebotsschocks wirtschaftspolitisch zu handhaben sind. Fiskalpolitik kann kurzfristig entlasten, muss dabei aber Inflationsrisiken berücksichtigen. Geldpolitik steht vor einem Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Wachstum.

Umso wichtiger ist es, in einer solchen Situation einen kühlen Kopf zu bewahren und Maßnahmen gezielt und dosiert einzusetzen. Denn eines ist klar: Ein Angebotsschock lässt sich nicht wegsteuern – er zwingt zu unvermeidlichen Anpassungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie hier.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.04.2026

